

Transformationen in der arabischen Welt: Kontinuität versus Wandel und Folgen für die Region

Günay, Cengiz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Günay, C. (2011). *Transformationen in der arabischen Welt: Kontinuität versus Wandel und Folgen für die Region*. (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-424145>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kurzanalyse

März 2011

Transformationen in der arabischen Welt

Kontinuität versus Wandel und Folgen für die Region

Dr. Cengiz Günay

REGIME CHANGE UND DIE FOLGEN FÜR DIE REGION

Während der Funke der Revolution von einem arabischen Land auf das nächste überspringt stellt sich unausweichlich die Frage: Was kommt danach? Wie die erfolgreichen Umstürze in Ägypten und Tunesien zeigen, ist der Sturz des Diktators nicht das Ende, sondern der Anfang eines Umbruchs.

Libyen Quo Vadis?

In Libyen, wo der Aufstand gegen Muammar Gaddafi in einen regelrechten Bürgerkrieg ausartete, haben Frankreich, die USA und Großbritannien offen Partei ergriffen und zumindest aus der Luft in den Konflikt eingegriffen. Was zunächst als eine humanitäre Aktion zum Schutz der bedrängten Aufständischen und der Zivilbevölkerung gedacht war, wurde bald mit der Forderung nach *regime change* verbunden. Was aber nach dem Sieg über Gaddafi kommt, ist mehr als ungewiss. In der internationalen Gemeinschaft macht sich Angst vor einem Machtvakuum am südlichen Ende des Mittelmeeres breit. Mit Mahmud Jibril, dem Führer der Gegen-regierung und Dissident des Gaddafi Regimes, der in den USA studierte und mit besten Kontakten in den Westen versehen ist, wurde ein Hamid Karzai¹ für ein post-Gaddafi Libyen gefunden.

In Gaddafis *Jamahiriyah*, dem Staat der Massen, waren politische Parteien verboten. Stattdessen baute das Herrschaftssystem auf einem eigentümlichen Amalgam ausgewählten basisdemokratischen Institutionen, nicht-gewählten revolutionären Institutionen, paramilitärischen Einheiten und semi-institutionalisierten Stammesstrukturen auf.² Damit verband das System revolutionäre und basisdemokratische Institutionen mit primordialen Strukturen wie Stämmen und Clans. Politische Entscheidungen wurden wenig transparent in informellen Prozessen getroffen. Gaddafis informelle Netzwerke bildeten das Zentrum der Macht.³

In den 42 Jahren der Herrschaft Gaddafis wurden bestimmte Strukturen, Prozesse, Konzepte und Netzwerke geschaffen, die auch nach einem Sturz des Diktators nicht mit

¹ Hamid Karzai, Mitglied des paschtunischen Popalsai Clans, ist seit 2001 Präsident Afghanistans. Karzai, dem ausgezeichnete Kontakte zu den US nachgesagt wurden, wurde auf der Afghanistan-Konferenz in Petersberg im Dezember 2001, die sich mit der Entwicklung geordneter und demokratischer Verhältnisse in der post-Taliban Ära beschäftigte, zum Präsidenten der Übergangsregierung ernannt.

² Vgl. Isabelle Wehrenfels, Qaddafis Libyen. Endlos stabil und reformresistent? SWP-Studie, März 2008

³ Ebda.

einem Schlag ausgelöscht werden können und die die Denkweisen und die Art, Dinge zu erledigen, auch weit in eine Zeit nach Gaddafi prägen und bestimmen werden.

So greift etwa der in Benghazi von jungen Internetfreaks gemeinsam mit Richtern, Anwälten und Akademikern organisierte Übergangsrat, der die Verwaltung der Stadt übernahm, auf alte Organisationsformen zurück.⁴ Dieser lokale Übergangsrat ist den sogenannten *sha'biyat*, Kongressen und Komitees auf regionaler Ebene, die sich in dem von Gaddafi geschaffenen Staatssystem einer *Jamahiriya* aus Vertretern der Basiskongresse, der Berufsverbände und der Gewerkschaften zusammensetzten, nachempfunden.⁵ Über die Vertreter im Übergangsrat ist wenig bekannt, aber es ist davon auszugehen, dass ein nicht unerheblicher Teil von ihnen auch schon in den basisdemokratischen Strukturen von Gaddafis *Jamahiriya*, eine Rolle spielte.

Es ist zu befürchten, dass diese zarten Pflanzen einer basisdemokratischen Selbstorganisation angesichts anderer Faktoren wie Machtgleichgewichte, die es zu wahren gilt, wenig Chancen auf Wachstum haben. Das Bestreben der westlichen Gemeinschaft, Ansprechpartner a la Mahmud Jibril als Führungspersönlichkeiten zu konstruieren, lässt befürchten, dass diese Personen, die kaum auf breite Unterstützung unter der Bevölkerung zählen können, versucht sind, ihre Macht durch den Aufbau einer Hausmacht zu konsolidieren. Dabei sind ihnen basisdemokratische Strukturen kaum dienlich. Sie werden stattdessen voraussichtlich nach der Unterstützung durch die Stämme und Clans streben und dadurch diese primordialen Strukturen stärken. Ein Umstand, der wie aus den Beispielen Afghanistans und auch des Irak bekannt ist, kaum liberal demokratische Systeme mit Parteien, die sich um sozio-ökonomische Interessen und Ideologien formen, hervorbringt, sondern eher politische Mobilisierung entlang tribaler, ethnischer und konfessioneller gesellschaftlicher Bruchlinien fördert .

Kontinuität und Stabilität – Feinde des Wechsels

Alexis de Tocqueville, französischer Politikwissenschaftler und Philosoph des 19. Jahrhunderts, sah die Französische Revolution nicht als einen radikalen Bruch mit der Monarchie, sondern bezeichnete sie als das Ergebnis einer langen Mühe: Als die plötzliche und gewaltsame Beendigung einer Arbeit, an der bereits über zehn Generationen von Männern vorgearbeitet hätten. Tocqueville bezog sich bei seiner Analyse vor allem auf die

⁴ Vgl. Rolla Scolari, Rebels set up Libyan national council in Benghazi, In: The National, 28. Feb.2011: <http://www.thenational.ae/news/worldwide/middle-east/rebels-set-up-libyan-national-council-inbenghazi> (Zugriff 29.03.2011)

⁵ Vgl. Isabelle Wehrenfels, Qaddafis Libyen. Endlos stabil und reformresistent? SWP-Studie, März, 2008

Kontinuitäten zwischen der Ära vor und jener nach der Revolution. Das revolutionäre Regime in Frankreich, das scheinbar einen tiefen Bruch in der politischen Tradition darstellte, übernahm in Wahrheit zu einem Großteil die Maßnahmen, Haltungen und Staatstraditionen und nicht zuletzt das Personal seiner Vorgänger und bediente sich bekannter Muster des *ancien regime*.

Auch in Ägypten und Tunesien, jenen beiden Ländern, in denen die autoritären Herrscher erfolgreich gestürzt wurden, zeigt sich, dass mit dem Abtritt der Diktatoren nicht auch automatisch *regime change* gegeben ist. Ob am Ende des Transitionsprozesses, der in beiden Ländern eingeleitet wurde, auch eine demokratische Ordnung herauskommt und wie diese dann aussieht, ist aus heutiger Sicht nicht vorhersehbar.

Der Geist der Demokratie ist nichts mechanisches, das durch die Abschaffung von Formen adjustiert werden kann, vielmehr benötigt es einen Wechsel in den Herzen.

(Mahatma Gandhi)

Nach dem Abgang Hosni Mubaraks am 11. Februar 2011 übernahm die Armee die Macht in Ägypten. Der oberste Militärat, seit damals das höchste politische Entscheidungsgremium, leitete und koordinierte den Transitionsprozess. Der Rat löste das Parlament auf, setzte die Verfassung aus und berief einen Expertenrat ein, den er mit der Ausarbeitung einer Verfassungsänderung beauftragte. Die Armee legte einen recht knappen Zeitplan vor.⁶ Der Zeitplan weist darauf hin, dass die Armee den Transitionsprozess eher als einen technischen denn als einen politischen Prozess betrachtet. Politische Bewegungen, VertreterInnen der Protestbewegung bzw. Vertreter der Zivilgesellschaft, die eine umfassende Reform der Verfassung und des politischen Systems fordern, sind kaum am Prozess beteiligt. Die Ausarbeitung der Änderungen wurde stattdessen Technokraten und Experten übertragen. Die Strategie des Militärs scheint weniger den Bedarf nach Aufarbeitung der näheren Vergangenheit, nach Aussöhnung und nach breitem gesellschaftlichen Konsens zu berücksichtigen, sondern zielt vor allem auf Stabilität ab. Durch einen straffen Zeitplan versucht die Armee nach innen ebenso wie nach außen Stabilität zu signalisieren. Dadurch entsteht die Gefahr, dass nur die kleinst möglichen Änderungen durchgeführt werden. Kompromisse erfolgen in diesem Prozess meist nur auf Druck. Die Opposition, der in diesem

⁶ Entsprechend diesem wurde bereits am 19. März über die Verfassungsänderungen ein Referendum abgehalten. Die Änderungen wurden mit großer Mehrheit angenommen. Während die ehemalige Regierungspartei NDP und die Muslimbruderschaft die Verfassungsänderungen unterstützten, wurden sie von den meisten übrigen politischen Gruppierungen abgelehnt.

Prozess eine Schlüsselrolle zukommt, ist aber zum einen schwach und zum anderen äußerst zersplittert.

Während der Umstand, dass sich Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten, Berufen, politischen Bewegungen, Regionen und Religionen im Widerstand gegen Mubarak geeint hatten, zur Stärke der Protestbewegung beigetragen hatte, ist es heute nach der erfolgreichen Revolution gerade dieser Pluralismus und die Heterogenie, die zur Schwäche der Opposition beiträgt. Der Protestbewegung fehlt es nun nach Mubaraks Sturz an gemeinsamen klar definierten Zielen, an Organisation, Erfahrung und an etablierten Führungsfiguren. Immer offener treten die politischen und ideologischen Brüche unter der Protestbewegung zu Tage. Die Formierung, Organisation und Etablierung von Parteien und Bewegungen ist nun durch die Verfassungsänderung vom 19. März zwar einfacher geworden, dieser Prozess braucht aber Zeit. Diese ist aber bis zu den voraussichtlich schon im September stattfindenden Parlamentswahlen knapp.

Es sind weiterhin die Machtzirkel der Ära Mubarak, die am besten organisiert sind. Die ehemalige Regimepartei NDP (National Democratic Party) ist zwar im öffentlichen Leben kaum sichtbar, aber sie verfügt immer noch über ein weitverzweigtes Netzwerk. Insbesondere in den ländlichen Regionen hatte die NDP während der Herrschaft Mubaraks keine Konkurrenz fürchten müssen. Die Regierungspartei baute über die Jahre ein dichtes klientelistisches Netzwerk auf. Dasselbe gilt für die Wirtschaft. Trotz Wirtschaftsliberalisierung kontrollierte das Regime über die Vergabe von Lizenzen und die Kontrolle von Privatisierungen den Zugang zu den wirtschaftlichen Ressourcen und zum Markt. Für Unternehmer bedeutete deshalb der Eintritt in die Regierungspartei einen Zugang zu Macht, bevorzugter Behandlung und Prestige. Die dadurch entstandenen Seilschaften verschwanden nicht mit dem Abgang Mubaraks, vielmehr warteten sie ab. Für die NDP, die weniger eine bestimmte Ideologie als die Nähe zur Macht zusammenhielt, sagte Marina Ottaway von der Carnegie Stiftung ein Auseinanderbrechen in verschiedene kleinere Parteien, ähnlich wie es den ehemaligen Regimeparteien in Osteuropa erging, voraus.⁷ Ein ähnliches Schicksal könnte im Übrigen auch der Muslimbruderschaft, der am besten organisierten Oppositionsbewegung, drohen. Die Bruderschaft ist intern stark fragmentiert. Nicht nur ein Generationenkonflikt spaltet die Bewegung, auch über die Frage eines stärkeren politischen Engagements und die Umwandlung in eine politische Partei herrscht Uneinigkeit.

⁷ Siehe: <http://www.carnegieendowment.org/events/index.cfm?fa=eventDetail&id=3166> (Zugriff: 20.03.2011)

Auch in Tunesien besteht ähnlich wie in Ägypten die Gefahr, dass der Transitionsprozess nicht zu einem tiefgehenden Wandel in der politischen Struktur des Landes führt. Im Gegensatz zu Ägypten hat in Tunesien nicht das Militär die Macht übernommen, sondern die zivile Regierung leitete den Transitionsprozess nach der Flucht Ben Alis ein. Erst nach massiven Protesten kam es zu Rücktritten und zu einem Eintritt von Vertretern der Opposition in die Regierung. Konzessionen konnten auch hier nur in Folge von Druck von der Straße abgerungen werden. Dennoch, anders als in Ägypten ist der Prozess in Tunesien aufgrund der Beteiligung von Vertretern der Opposition ein politischer und kein rein technischer. Dies stimmt zuversichtlich, obgleich auch hier der Ausgang des Transitionsprozesses nicht vorhergesagt werden kann.

Eines scheint aus heutiger Sicht klar: Ein Weg zurück ist nicht mehr möglich. Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass sich über Nacht liberale Demokratien entwickeln, so haben die Revolutionen dennoch so viel verändert, dass mehr denn je die Bürger mitentscheiden werden. Ob dies im Rahmen einer rein verfahrenstechnischen Demokratie erfolgt, oder auch zu einer liberalen demokratischen Ordnung führen wird bleibt jedoch abzuwarten.

Nachhaltige Veränderungen für die Regionalpolitik

Autoritäre Regime wie jene Mubaraks, Ben Alis und Gaddafis waren zwar nicht gänzlich frei von gesellschaftlichen Bewegungen und sozialen Forderungen, sie bauten ihre Macht aber nicht auf Legitimierung durch eine Mehrheit, sondern auf Machtallianzen, Repression und Klientelismus auf. Teil der Allianzen für den eigenen Machterhalt waren nicht nur bestimmte Institutionen wie die Sicherheitskräfte und die Militärs oder bestimmte soziale und gesellschaftliche Gruppen, sondern es spielten auch die Außenbeziehungen dabei eine wichtige Rolle.

Diese erfuhren nach dem 11. September und den durch George Bush jun. eingeleiteten Krieg gegen den Terrorismus eine Aufwertung. Die meisten autoritären Herrscher im Nahen Osten avancierten zu wichtigen Partnern im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Ihre undemokratische Herrschaft legitimierten sie in den Augen der westlichen Öffentlichkeit, aber auch gegenüber säkularen Gruppen zuhause, durch die Gefahr des Islamismus. Wie sehr dieses Narrativ übernommen wurde, zeigten die Debatten, die nach dem Umsturz der Diktatoren geführt wurden, und die sich um eine drohende islamistische Gefahr drehten. Durch das Bündnis mit dem Westen begaben sich die autoritären Machthaber aber auch immer mehr in eine Abhängigkeit von der Großzügigkeit ausländischer Staaten, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Anerkennung. Damit wurde eine kleine

herrschende Elite empfänglicher für Forderungen von außen als für die Wünsche, Sehnsüchte und Forderungen der Menschen zu Hause. Als Verbündete des Westens richteten die Diktatoren – notgedrungen – ihre Politik an den Strategien und Vorgaben Washingtons aus. Gegenüber dem Irak-Krieg, dem Gazakrieg, den Angriffen auf den Libanon – Fragen, die die Menschen der Region stark bewegten – mussten die Machthaber eine Politik verfolgen, die in starkem Widerspruch zur öffentlichen Meinung lag. Die Regierungen taten daher kaum etwas, um die Hoffnungen der Palästinenser zu unterstützen, geschweige denn den Friedensprozess anzukurbeln. Als Israel 2006 gegen die Hizbollah und ein Jahr später gegen die Hamas vorging, freuten sich die meisten arabischen Machthaber insgeheim darüber.

Auf den Straßen der arabischen Welt wurde aber die Tatenlosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber westlichen Interventionen als eine weitere Demütigung und als Zeichen der Ohnmacht der arabischen und islamischen Welt empfunden. In den Revolutionen bezogen sich die Menschen daher nicht zufällig auf die Wiederherstellung ihrer Würde.⁸

Würde wurde nicht nur mit der Herstellung der Würde des Individuums, der Anerkennung der bürgerlichen Rechte verbunden, sondern auch in einem größeren Kontext als die Wiederherstellung der Würde der Nation auf internationaler Ebene gesehen. Deshalb ist mittel- und längerfristig eine Änderung in der Außen- und Regionalpolitik der postrevolutionären Staaten zu erwarten. Während sich bislang die Außenpolitik an den Vorgaben und Strategien Washingtons orientierte, werden mehr denn je Regierungen auf die öffentliche Meinung zuhause hören müssen. In einem System, in dem verschiedene politische Bewegungen um die Macht konkurrieren und in dem Medien frei berichten können, gewinnt Außenpolitik an innenpolitischer Bedeutung. Damit ist das Feld der Außenpolitik aber nicht mehr ein exklusiver Bereich des Außenministeriums, der Diplomaten und des Sicherheitsestablishments, sondern ist zunehmend der öffentlichen Befindlichkeit ausgesetzt: Ein Umstand, der populistische Entscheidungen im Sinne der öffentlichen Meinung fördert.

Das Beispiel der Türkei

Ein Beispiel dafür, wie sich interne politische Umbrüche und ein Demokratisierungsprozess auf die Außenpolitik auswirken können, bieten die Entwicklungen der vergangenen Jahre in der Türkei.

⁸ Robert Malley, Hussein Agha, In post-Mubarak Egypt, the rebirth of the Arab world. In: The Washington Post, 11. Feb. 2011.

Nicht erst seit dem Irak-Krieg beweist Ankara, dass es sich nicht mehr automatisch in die US-amerikanische Politik gegenüber der Region integrieren will. Ankara kam zu der Überzeugung, dass die Verfolgung einer westlich-orientierten Außenpolitik nicht immer den Interessen der Türkei dient. Um diese Interessen zu wahren, erwies es sich für die Türkei immer öfter als notwendig, selbständig zu agieren. Demokratisch legitimiert und noch dazu mit einer großen parlamentarischen Mehrheit ausgestattet, sieht sich die AKP-Regierung unter Tayyip Erdoğan nicht als Befehlsempfänger, sondern als gleichwertiger Partner des Westens, der in die Konsultations- und Entscheidungsprozesse bei der Entwicklung von politischen und militärischen Strategien einbezogen werden will.

Jüngstes Beispiel dafür ist der Konflikt um die Übertragung des Kommandos über die Errichtung der Flugverbotszone auf die NATO. Der Umstand, dass Frankreich und Großbritannien mehr oder weniger im Alleingang zusammen mit den USA die Initiative ergriffen und auf Konsultationen mit Ankara verzichteten, verletzte den Anspruch der türkischen Regierung, sich als eine Regionalmacht zu etablieren und weckte Erinnerungen an den europäischen Imperialismus des 19. Jahrhunderts.⁹

Der durch die EU-Beitrittsperspektive beschleunigte Demokratisierungsprozess führte zudem zu Verschiebungen im Machtgleichgewicht. Während in der Vergangenheit die Armee und das Außenministerium exklusiv den Kurs der Außenpolitik bestimmt hatten, kam es zu einer „Demokratisierung“ der Außenpolitik. Nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die Interessen bestimmter Lobbygruppen spielten eine größere Rolle in der Bestimmung des außenpolitischen Kurses. Wirtschaftliche Interessen, aber auch Populismus fanden zunehmend Eingang in die Außenpolitik.

Das Ausscheren Ankaras aus der westlichen Strategie gegenüber dem Nahen Osten sowie Premierminister Erdoğan's verbale Ausbrüche gegenüber Israel haben Diskussionen über eine mögliche Achsenverschiebung der Türkei angeheizt. Während der Nahe Osten sich zu einem wichtigen Absatzmarkt für türkische Industrieprodukte entwickelt, zielen Erdoğan's harte Worte gegenüber Israel auch auf die heimische Wählerschaft.¹⁰ Solidarität mit den Palästinensern, die immer mehr als ein Symbol für die Unterdrückung und Erniedrigung von Muslimen in der Welt wahrgenommen werden, punktet angesichts des Gefühls der

⁹ Eine ähnliche Haltung nahm Ankara auch in Zusammenhang mit der Bestellung des NATO Generalsekretärs ein. Damals hatten sich Deutschland, Frankreich und einige andere europäische Bündnispartner in Absprache mit den USA auf den Namen des dänischen Premierministers Anders Fogh Rasmussen geeinigt. Ankara war bei den Beratungen darüber nicht konsultiert worden.

¹⁰ Dabei ist anzumerken, dass Erdoğan aufgrund seiner ideologischen Herkunft aus der islamistischen Bewegung den Konflikt sicherlich aus einer bestimmten ideologischen Sichtweise betrachtet. Seine Äußerungen sind vor allem von der Vorstellung einer vor allem muslimischen unterdrückten palästinensischen Gesellschaft geleitet.

Demütigung durch den Westen und insbesondere durch die Ablehnung durch die EU bei vielen türkischen Wählern.

Nathalie Tocci¹¹ sieht es als eine Ironie, dass die populistische Rhetorik des Premierministers und das Ausscheren der Türkei aus der US-Agenda und dem westlichen Diskurs indirekt mit der Demokratisierung des Landes zu tun hat. Denn in Folge des Demokratisierungsprozesses ist die Außenpolitik vermehrt auch zu einem Thema der innenpolitischen Diskussion geworden. Während sich früher das Sicherheitsestablishment leichter über die öffentliche Meinung hinwegsetzen konnte, kann es sich heute kein türkischer Politiker mehr leisten, nicht auf die öffentliche Meinung zu achten. Türkische Politiker werden auch für ihre außenpolitischen Entscheidungen zur Verantwortung gezogen. Die Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik verschwimmen. Dadurch wird Außenpolitik auch anfälliger für die Gefühlslagen und Stimmungen in einer Gesellschaft.

Ausblick

Angesichts des weitverbreiteten Gefühls der Demütigung besteht die Gefahr, dass neue Nationalismen und Populismus auch in einer wie auch immer neugeordneten arabischen Welt Eingang in die Außenpolitik finden werden. Jede zukünftige Regierung wird durch den Volkswillen legitimiert sein und deshalb bei der Formulierung von Außenpolitik vermehrt auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müssen. Diesbezügliche Verschiebungen sind insbesondere in der Politik Ägyptens gegenüber Israel zu erwarten. Hier verurteilen nicht nur die Muslimbruderschaft, sondern auch ägyptische Nationalisten die gleichgültige Politik des Landes gegenüber Israel und vor allem seiner Politik gegenüber den Palästinensern. Sie dominieren den öffentlichen Diskurs in dieser Frage. Wenn sich auch das Militär zur Einhaltung aller internationaler Verpflichtungen – sprich auch dem Friedensabkommen mit Israel – bekannte, wird für jede demokratisch legitimierte Regierung eine Fortsetzung der Gaza-Blockade bzw. ein Stillschweigen, ja sogar die stillschweigende Unterstützung bei Interventionen wie jene gegen die Hamas oder die Hizbollah schwieriger sein. Auch die US-Politik gegenüber der Region wird sich deshalb mittel- und langfristig auf diese neuen Gegebenheiten einstellen müssen. Strategische Partnerschaften mit Regierungen die auf die öffentliche Meinung größere Rücksicht nehmen werden müssen, werden sich schwieriger gestalten. Die USA werden sich für die Durchsetzung ihrer Strategien mehr um die Gunst der arabischen Wähler sorgen müssen.

¹¹ Vgl. Tocci, (2010): A Neighborhood Rediscovered, Turkey's Transatlantic value in the Middle East, Brussels Forum Paper Series, März 2010

Europa wird ebenfalls seine Politik gegenüber der Region adaptieren müssen. Gerade in den letzten Jahren ist die EU-Politik gegenüber der Region vermehrt von einer Abkehr des softpower Ansatzes gekennzeichnet gewesen. Statt auf den Export von Konzepten und Idealen wie Demokratie und Zivilgesellschaft setzte die EU in den vergangenen Jahren immer mehr auf einen Modernisierungsansatz, der die Idee vertrat, dass wirtschaftliche Liberalisierung mehr oder weniger automatisch auch zu politischer Liberalisierung führen würde.

Angesichts der Revolutionen ist es nun notwendig, jene Instrumente wieder zu aktivieren, die der EU in Form der Europäischen Nachbarschafts-Politik ohnehin zur Verfügung stehen. Diese stellt Mechanismen wie Wirtschaftsliberalisierung, verstärkten politischen Dialog, die Teilnahme an EU-Programmen, Kooperationen im Bereich der Infrastruktur, der Energie, Information, Umwelt, Forschung und Sozialpolitik sowie Erleichterungen bei der Visa-Erteilung zur Verfügung.¹²

Es bleibt zu hoffen, dass Europa die Chancen, die die Umbrüche mit sich bringen, erkennt und durch die Nachbarschaftspolitik eine ähnlich positive Rolle auf dem Weg zu einer demokratischen Ordnung spielen können wird, wie sie es in Mittel- und Osteuropa tat.

Dr. Cengiz Günay ist Senior Research Fellow am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip)

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip, 1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at

¹² Nathalie Tocci, Jean-Pierre Cassarino, Rethinking the EU's Mediterranean Policies Post-1/11, in: IAI Working Papers 11 | 06 – March 2011